



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 12. Dezember 2013  
(OR. en)**

**17675/13**

**FISC 260  
ECOFIN 1148  
CO EUR-PREP 51**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariats des Rates
für die	Delegationen
Betr.:	Bericht der Finanzminister zu Steuerfragen im Rahmen des Euro-Plus-Pakts

---

1. Gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 9. Dezember 2011 zum Euro-Plus-Pakt sollen die strukturierten Beratungen über steuerpolitische Themen fortgeführt werden.
2. Die Hochrangige Gruppe "Steuerfragen" des Rates hat sich im Anschluss an ihre Beratungen vom 19. November 2013 auf den Entwurf eines Berichts der Finanzminister zu Steuerfragen im Rahmen des Euro-Plus-Pakts verständigt, in dem die erzielten Fortschritte dargelegt werden.
3. Er wurde daraufhin über den AStV am 10. Dezember 2013 dem Rat (Wirtschaft und Finanzen) übermittelt und ist von den Finanzministern der am Pakt teilnehmenden Mitgliedstaaten gebilligt worden; er soll nun dem Europäischen Rat auf seiner Tagung am 19./20. Dezember 2013 vorgelegt werden.

**BERICHT DER FINANZMINISTER ZU STEUERFRAGEN  
IM RAHMEN DES EURO-PLUS-PAKTS**

1. Gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 9. Dezember 2011<sup>1</sup> betrifft dieser Bericht der Finanzminister der am Euro-Plus-Pakt teilnehmenden Staaten die Fortschritte bei den strukturierten Beratungen über die Koordinierung der Steuerpolitik.
2. Der litauische Vorsitz hat mit seinem Ansatz für die Koordinierung der Steuerpolitik im Einklang mit dem Euro-Plus-Pakt auf den Arbeiten der vorangegangenen Vorsitze aufgebaut.

Wie schon der irische Vorsitz hat auch der litauische Vorsitz die Mitgliedstaaten ersucht, der Hochrangigen Gruppe die laufenden Arbeiten in Bezug auf ihre Steuersysteme, vor allem die Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs, darzulegen. Die Mitgliedstaaten haben dieser Initiative in der Sitzung der Hochrangigen Gruppe vom 12. September 2013 aktiv Folge geleistet. Frankreich, Irland und die Slowakei stellten ihre jeweiligen Ansätze zur Bekämpfung des Steuerbetrugs vor. Es wurde vereinbart, dass die künftigen Vorsitze den Mitgliedstaaten auch weiterhin Gelegenheit geben werden, ihre Steuersysteme in künftigen Sitzungen der Hochrangigen Gruppe näher zu erläutern.

---

<sup>1</sup> Dok. EUCO 139/1/11 REV 1 (Nummer 6).

3. In einer Reihe von Dossiers, die als bedeutsam für den Euro-Plus-Pakt betrachtet werden, wurden Fortschritte in folgenden Punkten erzielt:
- a) Der Europäische Rat hatte in seinen Schlussfolgerungen vom 22. Mai 2013 den Konsens über den Anwendungsbereich der überarbeiteten Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen zur Kenntnis genommen und darum ersucht, dass die Richtlinie bis Ende 2013 angenommen wird. Der Vorsitz hat dieser Aufforderung des Europäischen Rates Folge geleistet und die Vorbereitungsgremien des Rates mit dieser Frage befasst. Die Kommission unterrichtete die Mitgliedstaaten über die Ergebnisse ihrer Kontakte mit den fünf westeuropäischen Ländern, die keine Mitgliedstaaten der EU sind (auf der Grundlage des vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) im Mai 2013 angenommenen Verhandlungsmandats). Vor diesem Hintergrund hat der Vorsitz dem Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 15. November und 10. Dezember 2013 die auf technischer Ebene vereinbarte überarbeitete Fassung der Zinsertragsrichtlinie in Anbetracht des Mandats des Europäischen Rates vorgelegt, bis Ende 2013 eine politische Einigung zu diesem Dossier zu erzielen. Die politische Einigung konnte wegen der Vorbehalte von zwei Delegationen nicht erzielt werden.
  - b) Was den Vorschlag der Kommission über eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) anbelangt, so hat der Vorsitz auf der Grundlage eines Kompromisstextes, der einige Aspekte dieses Vorschlags abdeckt, intensive technische Beratungen in den Vorbereitungsgremien des Rates geführt.
  - c) In Bezug auf die anderen im Euro-Plus-Pakt benannten Gesetzgebungsdossiers, insbesondere die Vorschläge der Kommission zur Energiebesteuerung und zur Schaffung eines gemeinsamen Finanztransaktionssteuersystems im Wege einer Verstärkten Zusammenarbeit, sind die Arbeiten auf technischer Ebene unter litauischem Vorsitz weiter vorangebracht worden.

- d) Am 11. Juni 2013 hat die Kommission eine überarbeitete Fassung der Richtlinie 2011/16/EU über die Verwaltungszusammenarbeit im Bereich der (direkten) Besteuerung vorgelegt. Dieses Dossier ist eine der obersten Prioritäten auf der Agenda des Vorsitzes und wurde in der Hochrangigen Gruppe wie auch auf der informellen Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) im September 2013 in Vilnius erörtert.

Vor diesem Hintergrund hat die Gruppe "Steuerfragen" die bisherigen Arbeiten der OECD zur Einrichtung eines automatischen Informationsaustauschs als globaler Standard auf Sachverständigenebene erörtert; der Ratsvorsitz hat anschließend ein Schreiben an das OECD-Sekretariat gerichtet, in dem als Beitrag zu den laufenden Beratungen auf OECD-Ebene die im Rat erörterten problematischen Punkte dargelegt wurden.

4. Ein umfassender Bericht des Rates (Wirtschaft und Finanzen) über die in den vergangenen sechs Monaten erzielten Fortschritte liefert weitere Informationen über die auf EU-Ebene geleisteten Arbeiten<sup>2</sup>.
5. Die künftigen Vorsitze werden ersucht, die Arbeit in diesen Bereichen unter Berücksichtigung der im Kontext des Euro-Plus-Pakts gesetzten spezifischen Ziele weiterzuführen und die Ergebnisse weiterhin im Rahmen der Hochrangigen Ratsgruppe zu überwachen.

---

<sup>2</sup> Dok. 17674/13 FISC 259 ECOFIN 1147 CO EUR-PREP 50.